



GRATIS

# tacheles



GRATIS

Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Ausgabe 59 · Sommer 2014 · Kostenlos



FREIHANDELSABKOMMEN GEGEN

ÖKOLOGISCHE UND DEMOKRATISCHE STANDARDS

SEITE 3

## INHALT

100 cm <sup>2</sup> Solingen	2
TTIP-Freihandelsabkommen USA-EU	3 + 4
Die wilden Zwanziger 2.0	5
Film zum Brandanschlag: Ich erinnere mich genau	6
Pro NRW: Hövels hinterläßt Trümmerhaufen	7
Für mehr Sitzbänke im öffentlichen Raum	8
Anliegen von Amnesty an die Innenminister	9
Neuigkeiten vom bedrohten Ittertal	10
Wir müssen draußen bleiben - Nix los mit Solingen-Pass?	11
Gruppeninfos	

### tacheles-Jahresabo

Ein Jahr für 13 € frei Haus

Unterstützungs-Abo 20 € frei Haus

Bankverbindung  
Bürgerinitiativenbüro e.V.  
BLZ 330 605 92  
(Sparda Bank)  
Konto-Nr. 546 4641  
Stichwort „tacheles-Abo“

## Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation  
und Solidarität

Die Zeitung wurde von dem  
Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3000  
Kontakt & Zuschriften: c/o Café Courage,  
Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen  
E-Mail: tacheles-solingen@gmx.de  
www.tacheles-solingen.de

Druck: Ordensgemeinschaft-  
Beschäftigungshilfe Düsseldorf, Römerstr. 9,  
40476 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 44 93 98 70  
Ausgabe 59 - 1. Juli 2014

ViSDP und Herausgeber: Frank Knoche  
c/o Café Courage,  
Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen  
Bankverbindung:  
Bürgerinitiativen-Büro Solingen e. V.  
BLZ 330 605 92 (Sparda-Bank)  
Konto-Nr. 546 4641  
Layout: Heinz Mähner  
Titelbild: Kittihawk

## 100 QUADRATZENTIMETER SOLINGEN

### Die Verleihung des Silbernen Schuhs an den Unterstützerkreis Stolpersteine

Am 28. Mai 2014 bekam der Unterstützerkreis Stolpersteine für Solingen die Auszeichnung „Der Silberne Schuh“ durch OB Feith in der Mildred-Scheel-Schule verliehen. Es ist die Würdigung von gegen das Vergessen der NS-Verbrechen ehrenamtlich engagierten Bürgern.

Nach Recherchen in Archiven und bei Privatpersonen wurden vergessene Biografien wieder ans Licht geholt, um vom Leben längst vergangener Zeit Zeugnis abzulegen. Erinnerung an von den Nationalsozialisten ermordete Menschen und ihr Schicksal, von denen in den meisten Fällen nicht mal ein Grab geblieben ist.

Am 28. Mai 2004 wurden die ersten drei Solinger Stolpersteine an der Klemens-Horn-Straße im Beisein des damaligen OB Franz Haug durch den Kölner Künstler Gunter Demnig und den Unterstützerkreis Stolpersteine verlegt (s. tacheles 33).

Zur Zeit sind 106 solcher 10x10 cm großen Messing-Steine in Solingen verlegt und weitere sollen noch folgen. Verlegt sind die Steine an den ehemaligen Wohnorten der Opfer, als Mahnmahl auf dem Gehweg. Wenn von einem Leben/Schicksal nur eine Fläche von zehn mal zehn Zentimeter bleibt, so ist es in Zeiten, da Rechtspopulisten ins Europaparlament und in Stadträte einziehen und in München der NSU-Prozess noch läuft, um so wichtiger, den Blick auch auf jene Zeit zu richten, da Menschen wegen ihrer Religion, Lebensführung und Überzeugung verfolgt, inhaftiert und getötet wurden.

Es ist eine verdiente Würdigung in Zeiten da sich der Solinger Brandanschlag zu zwanzigsten Mal jährt und sich Gruppen wie die NSU in Wort und Tat auf die dunkelste Zeit der deutschen Geschichte berufen und damit aufzeigen, dass die üblen Geister der Vergangenheit noch lange nicht besiegt sind.

Heinz Mähner



Eröffnung der „Stolpersteine“-Ausstellung in der Stadt-Sparkasse Central Foto: Unterstützerkreis Stolpersteine

Frauen und  
Café Courage  
Initiativen Treff e.V.

Klemens-Horn-Str. 3  
42655 Solingen  
Tel.: 0212 27 36 35



## FREIHANDELSABKOMMEN GEGEN ÖKOLOGISCHE UND DEMOKRATISCHE STANDARDS

**Schon mal davon gehört? „Transatlantik Trade and Investment Partnership“, zu Deutsch „Transatlantisches Freihandelsabkommen“ - klingt gut? Aber was steckt dahinter?**

In den allgemeinen Nachrichten ist davon zu hören, dass Handelshemmnisse zwischen der EU und den USA abgebaut und die Zölle abgesenkt werden sollen.

Ziel ist eine Vereinheitlichung und gegenseitige Anerkennung von Regelungen in allen Bereichen des wirtschaftlichen Lebens sowie eine frühzeitige Absprache über neue Regelungen.

Der gesamte Wirtschaftsraum soll angeblich davon profitieren und neue Arbeitsplätze sollen dadurch entstehen. Doch das sind sehr vage Versprechungen, denn profitieren würden davon in erster Linie die großen Konzerne, während mittlere und kleine Unternehmen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten eher gehemmt würden. Der versprochene Arbeitsplatzzuwachs sieht bei näherer Betrachtung sehr dürrig aus.

Von ca. 5% Zuwachs innerhalb von 10 Jahren ist die Rede, also von 0,5% pro Jahr.

Vorgesehen ist, dass Konzerne, die sich durch demokratisch legitimierte politische Entscheidungen in ihren Gewinnerwartungen geschädigt fühlen, vor geheim tagenden, nicht-staatlichen Schiedsgerichten auf Entschädigung klagen können.

Die Entscheidungen dieser Schiedsgerichte sollen bindend sein für Staaten - sie können jedoch nur von Firmen, nicht von den Staaten angerufen werden. Damit erhalten die Firmen großen Einfluss auf alle staatlichen Entscheidungen.

Mit Inkrafttreten des TTIP würde die weltgrößte Freihandelszone geschaffen.

Das TTIP wird derzeit im Geheimen und unter hohem Zeitdruck verhandelt.

Eine öffentliche Diskussion über das Projekt ist nicht vorgesehen

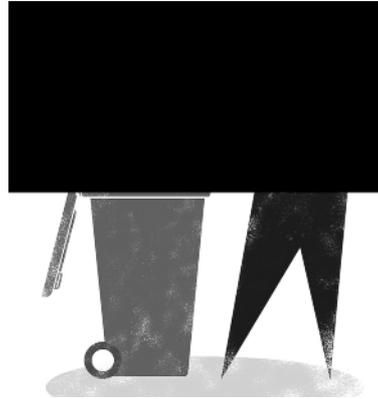
### Was bringt das TTIP für uns?

#### Soziale Sicherheit

Arbeitnehmerrechte und Sozialstandards könnten geschwächt, Mindestlöhne untergraben, kleine Betriebe vom Markt gefegt werden.

#### Freiheit

Das Internet könnte noch mehr überwacht und zensiert werden. Der Datenschutz könnte ausgehebelt, die kulturelle Vielfalt bedroht, der Zugang zu Bildung und Wissenschaft eingeschränkt werden.



#### Verbraucherschutz

Amerikanische Firmen möchten Fleisch von Tieren, die für ein schnelleres Wachstum mit Hormonen behandelt wurden, auf den europäischen Markt bringen.

Ebenso die Milch von hormonbehandelten Kühen und Geflügelfleisch, das nach dem Schlachten durch ein Chlorbad desinfiziert wurde.

Würde sich die EU oder die einzelnen EU-Länder dem verweigern, könnten die US Firmen auf entgangene Gewinne klagen.

Eine Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel mit Bestandteilen aus genmanipulierten Pflanzen (z. B. Mais, Soja) könnte in der EU wegfallen, weil es diese in den USA auch nicht gibt. Folglich würde es dann auch keine Ausweitung der Kennzeichnungspflicht auf tierische Produkte geben, die mit genmanipulierten Futtermitteln entstanden sind.

Eine Kennzeichnung von Textilien aus Gen-Baumwolle könnte ebenfalls wegfallen.

#### Gentechnik und Chemie

Genmanipulierte Pflanzen könnten sich mit Inkrafttreten des TTIP auch auf europäischen Äckern breit machen: Die Vereinheitlichung der Standards der EU und der USA würde dazu führen, dass die vielen in den USA zugelassenen Sorten auch in der EU angebaut werden dürfen – ohne eine zusätzliche Prüfung und ohne eine politische Entscheidung.

Die Verfahren bei der Zulassung von Chemikalien in Landwirtschaft und Industrie sind in den USA und der EU sehr unterschiedlich. Das geplante Abkommen könnte dazu führen, dass nur auf einer Seite des Atlantiks eine Zulassung nötig ist, um ein Produkt in der gesamten Freihandelszone zu verkaufen. Davon würde besonders die Pharmaindustrie profitieren, aber auch viele andere Industriezweige.

#### Fracking

Amerikanische Energiekonzerne zeigen Interesse an Schiefergasvorkommen in Europa, die nur durch Fracking ausgebeutet werden können.

Das Verfahren ist in einigen EU-Staaten

verboten, weil dabei immer wieder giftige Chemikalien und Gas ins Grundwasser geraten.

Die Energiekonzerne könnten diese Staaten auf entgangene Gewinne verklagen, wenn die Verbote nicht aufgehoben werden.

#### Auswirkungen des TTIP auf unsere Grundrechte: das TTIP könnte unsere Demokratie aushebeln! (von Barbara Volhard)

Die Gesetzgebung und damit der Schutz der Bevölkerung könnte der Legislative bzw. den Parlamenten weitgehend entzogen werden, in die Hände von Konzernen geraten und damit gewissermaßen "privatisiert" werden. Und zwar aus zwei Gründen:

1. Der TTIP-Vertrag soll ein sogenanntes „living agreement“ werden, also ein für künftige Entwicklungen offenes Abkommen.

Das bedeutet: Alles, was Parlamente oder die Öffentlichkeit jetzt nicht akzeptieren würden (Chlorhähnchen, Hormonfleisch, Genahrung), wird verlagert in einen „regulatory cooperation council“, einen transatlantischen „Regulierungsrat“, der ab Vertragsabschluss kontinuierlich tagen soll. Mit dem Mittel der „regulatorischen Harmonisierung“ sollen gegenseitige Anerkennungen von Standards durchgesetzt und bestehende Gesetze (!) überarbeitet werden.

Die jüngste Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA, dass der Einfluss von Großspendern auf Politik und Politiker/innen rechtmäßig ist, könnte sogar zur Folge haben, dass in diesem Regulierungsrat nicht nur – wie beabsichtigt – Behördenvertreter/innen (und nicht etwa Parlamentarier/innen!), sondern zumindest seitens der USA auch Konzerne mit am Tisch sitzen. Das würde es multinationalen Großkonzernen ermöglichen, sehr früh in Gesetzgebungsverfahren mit einem Mitspracherecht eingebunden zu werden – und zwar lange bevor Parlamente die Vorschläge zu sehen bekommen. Auch die Konzernlobby in der EU würde diesen Hebel nutzen, um bestehende „Handelshemmnisse“ zu beseitigen und z.B. neue Verbraucherschutzgesetze zu verhindern. Es geht also um die Entmachtung der Parlamente.

2. Eine indirekte Entmachtung der Gesetzgeber könnte tatsächlich aus den Investorenschutzklauseln (ISDS) sowohl in CETA als auch in TTIP folgen:

Parlamente könnten zur Vermeidung möglicher Investorenklagen auf Schutznormen im Interesse der Menschen verzichten.

Auch hier dürfen wir uns nicht durch scheinbares Entgegenkommen der EU über den Tisch ziehen lassen: Die Abschaffung von ISDS nur im TTIP Abkommen ist keine Lösung: Dieses Sonderklagerecht gibt es bereits hundertfach in anderen, bilateralen Investiti-

Investorenschutz-Abkommen (BITs). Es gibt weltweit etwa 3000 BITs, davon entfallen 1200 auf EU-Mitglieder, Deutschland hat alleine 131 solcher bilateralen Verträge. Konzerne sowohl der USA als auch der EU würden nicht ohne weiteres zulassen, dass ihnen weniger Investorenrechte zugestanden werden als Konzernen anderer Staaten in schon existierenden Handelsabkommen der EU. Darüber hinaus könnten US-Konzerne, wenn der Investorenschutz in TTIP tatsächlich gestrichen werden sollte, über Tochterfirmen in anderen Ländern dennoch gegen EU-Staaten klagen. Insofern ist die „Beratungspause“, die Handelskommissar de Gucht jetzt zum Thema Investorenschutz eingerichtet hat, reine Augenwischerei zur Beruhigung der Öffentlichkeit.

#### Aus all dem folgt:

Jedes Handelsabkommen, das als „living agreement“ konzipiert ist oder ISDS enthält, muss abgelehnt werden, bestehende Verträge dieser Art sollten gekündigt bzw. geändert werden. Denn beides bedeutet die Zerstörung der Demokratie.

#### TTIP und der Rest der Welt

Das Umweltinstitut München e. V.) schreibt dazu: „Eine Freihandelszone aus der EU und den USA würde fast die Hälfte der Wirtschaftskraft der Welt vereinigen. Ist es Ziel, so dem Rest der Welt die eigenen Standards faktisch aufzuzwingen?“

Zeitgleich verhandeln die USA das Trans-Pazifische Handelsabkommen TPP und die EU bilaterale Wirtschaftspartnerschaften (EPA) mit vielen ehemaligen Kolonien.

Auf die Menschen, die Umwelt und die Interessen der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in diesen Ländern wird keine Rücksicht genommen.“

#### TISA

Neben dem Freihandelsabkommen TTIP wird im Augenblick noch über ein weiteres Abkommen hinter verschlossenen Türen verhandelt. Die Konsequenzen dieser Verhandlungen könnten verheerend für die Bürger der betreffenden Nationen sein. Das „Trade in Services Agreement“ (TISA) geht noch weit über die EU hinaus und schickt sich an – neben der Privatisierung von weiten Bereichen des öffentlichen Dienstes –

Lohnsklaverei salonfähig zu machen.

Die Vereinbarungen dienen dem Ziel, Handelshemmnisse im öffentlichen Dienstleistungssektor zu beseitigen – begleitet von bereits von ACTA und TTIP bekannten und massiv kritisierten Geheimhaltungsvereinbarungen. Ein taz-Journalist charakterisiert die Verhandlungs-Ziele wie folgt: „Öffentliche Dienstleistungen zur Gesundheits-, Wasser- und Energieversorgung, bei der Bildung, im Finanzsektor sowie in allen anderen Bereichen sollen über das bereits in den letzten 20 Jahren erreichte Ausmaß hinaus dereguliert und internationaler Konkurrenz ausgesetzt werden.“

Nach Darstellung der taz würde durch TISA die Rückübernahme (Rekommunalisierung) von privatisierten Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, (z. B. im Bereich Energie- und Wasserversorgung, Gesundheitswesen und Bildung) ausgeschlossen.

#### TISA-Verhandlungspartner

Rund 50 Staaten einschließlich EU und



USA verhandeln bereits seit einem Jahr die Konditionen. Auf diese Länder entfallen mehr als zwei Drittel des globalen Handels mit Dienstleistungen.

#### Fazit

Statt einseitig die Interessen von multinationalen Konzernen zu bedienen, sollten internationale Abkommen globale Probleme wie Klimawandel, Biopiraterie und die Hungerkrise lösen.

Wie gut, dass es alternative Medien und Informationsquellen gibt, über die man sich etwas mehr über die Hintergründe solcher Handelsabkommen-Verhandlungen informieren kann. Und noch besser, dass sich Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zusammenschließen um darüber aufzuklären und dagegen zu mobilisieren. Dazu gehört in unserer Stadt die Ortsgruppe „Attac-Solingen“ des globalisierungskritischen Netzwerks Attac-Deutschland.

Birgit Correns

## Wer oder was ist Attac?

Attac richtet sich an alle, die nicht länger ohnmächtig zusehen wollen, wie Politik und Wirtschaft die Zukunft der Welt verspielen. Wir machen uns Gedanken über Auswege aus weltweiten und lokalen Problemen, die durch die neoliberale Globalisierung entstehen und zeigen Alternativen auf.

### Eine andere Welt ist möglich!

Attac-Solingen trifft sich jeden 1. Freitag im Monat um 19 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, Solingen.

Jeden 3. Mittwoch im Monat organisiert Attac-Solingen das Themen-Frühstück „Armut geht uns alle an - gemeinsam etwas erreichen!“ von 10 bis 12 Uhr im Café Courage.

Bei unseren Veranstaltungen sind interessierte Mitmenschen immer herzlich willkommen.

Mehr Infos:

[www.attac-netzwerk.de/solingen](http://www.attac-netzwerk.de/solingen)

Kontakt: [solingen@attac.de](mailto:solingen@attac.de)

Birgit Correns, Tel.: 0212 / 80157





# DIE WILDEN ZWANZIGER 2.0

## Zersplitterung des Stadtrates: Eine Gefahr für die kommunale Demokratie?

Nun ist die Wahl gelaufen und aus den Schlagzeilen verschwunden.

Dabei sollte ihr gerade hinterher noch mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Als ersten Wahlpartykracher verkündet OB-Feith seinen Rücktritt zum Ende seiner Amtszeit im Oktober 2015; der zweite Wahlpartykracher: es sind jetzt elf Parteien im Stadtrat was aber nicht heißt „Elf Freunde sollt ihr sein“.

Wie bei jeder Wahl gab es Gewinner und Verlierer, nur ein Verlierer wurde nicht beachtet, die wieder einmal gesunkene Wahlbeteiligung.

Da fühlen sich zwei große Parteien als Sieger, und sind es doch nicht, die mittleren Parteien freuen sich über ihre Konstanz bei den Wählern, da spielt ein bisschen Plus-Minus keine Rolle. Und die kleinen halten sich für die Übergewinner der Wahl und sind doch Sand im Getriebe, leider im negativen Sinne.

Zwei Parteien mit drei Sitzen, zwei Parteien mit zwei Sitzen und vier Parteien mit einem Sitz. Unsere Großväter wussten schon, warum sie 1953 eine Fünf-Prozent-Klausel ins Grundgesetz geschrieben haben. Bis sie 1990 bzw. 2003 von den Bundes- bzw. Landesverfassungsgerichten aufgehoben wurde.

Und damit kommt das Feeling der Zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts zurück, die Zeit der Weimarer Republik. Auch das Erstarren rechter Gruppierungen jener Zeit scheint

sich zu wiederholen, jetzt da es ihnen möglich ist mit wenigen Stimmen einen Fuß in die Tür zu bekommen. Ist unsere heutige Demokratie stark genug, damit fertig zu werden? Denn sieht man nach Europa tun sich in Frankreich mit dem Front national und in England mit der UKIP erschreckende Abgründe auf.

Für Solingen und Europa werden die Zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts wieder einmal so entscheidend sein wie die des letzten Jahrhunderts.

Kaum sind die Wahllokale geschlossen, die ersten Hochrechnungen bekannt, holen die Parteistrategen schon die Rechenschieber raus um mögliche Koalitionen auszuloten. Aber es ist nichts mehr, wie es mal war. Feiths Partybombe hat die Partei mit großen C für Monate gelähmt, und die Partei mit Großen S um den kurzen Bach wittert Morgenluft beim Run auf das Rathaus, und so neutralisieren sich beide, und die mit dem G im Immergrün sind bemüht das Kind auf die Beine zu stellen. Während die kleinen je nach Couleur schon mal ihre Bedingungen formulieren, die sie dann bei passender Gelegenheit aus dem Hut zaubern.

Was kann kommen?

Zuerst: die Große Koalition, hat keiner gewählt, steht auch nicht auf dem Stimmzettel,

soll jetzt als Wählerwille verkauft werden. Aber Solingen hat da seine eigene Gesetzmäßigkeit, besonders dann wenn in absehbarer Zeit ein OB-Sessel winkt.

Oder, die zweitstärkste Partei und die kleinen, soweit es keine „Rechten Spinner“ (Gauck Zitat) sind, gegen die große Partei. Ist aber nur eine Frage der Zeit bis sich eine kleine Partei auf dem Schlipps getreten fühlt und querschießt. Und dann gibt es noch die Möglichkeit einer Minderheits-Regierung, die mit wechselnden Mehrheiten zu jonglieren usw.

Die gerade laufende Suche nach einer Mehrheit (Stand Ende Juni) gibt einen Eindruck von dem was im nächsten Jahrzehnt(en?) auf uns zukommt, „Große Koalitionen“ als Dauerzustand, oder „Minderheitsregierungen“ mit ständig wechselnden Mehrheitsbeschaffern bzw. Tolerierungen.

Es ist Sachlichkeit und Vernunft gefragt, die wird man aber schwerlich finden, wenn es um Parteistrategie und Taktik geht.

Wenn sich 14 Sitze auf acht Parteien, von Rechts bis Links, verteilen und sich gerade populistische und Spaß-Parteien mit erschreckend wenig Stimmen wählen lassen können, bedarf es einer Reform des Wahlgesetzes, will man in Zukunft noch brauchbare Politik machen, denn so wie es jetzt ist, wird sich die Wahlbeteiligung und das Verständnis der Bürger für die politischen Ereignisse nicht bessern. *Heinz Mähler*

## DAS WAHRE SOLINGER KOMMUNALWAHLERGEBNIS

### Ratswahl Stadt Solingen 25.5.2014

	2014	Anzahl% (+/- zu 2009)	% der Wahl- berechtigten	% der gültigen Stimmen	Ratsmandate 2014 (+/- zu 2009)
Wahlberechtigte	126.873	(+ 1.182)			
Wähler/innen	55.575	(- 3.709)	43,80% (- 3,37%)		
gültige Stimmen	54.756	(- 3.249)	43,16% (- 2,99%)		
Nichtwähler	71.298	(+ 4.891)	<b>56,20%</b> (+ 3,37%)		
CDU	18.682	(- 689)	<b>14,72%</b> (- 0,69%)	34,12% (+ 0,72%)	17 (- 7)
SPD	16.202	(+ 2.427)	<b>12,77%</b> (+ 1,81%)	29,59% (+ 5,84%)	15 (- 2)
GRÜNE	6.110	(- 1.472)	<b>4,82%</b> (- 1,21%)	11,16% (- 1,91%)	6 (- 4)
DIE LINKE	2.726	(+ 176)	<b>2,15%</b> (+ 0,12%)	4,98% (+ 0,58%)	3 (+/- 0)
FDP	2.698	(- 3.849)	<b>2,13%</b> (- 3,08%)	4,93% (- 6,36%)	3 (- 5)
BfS	2.375	(- 3.657)	<b>1,87%</b> (- 2,93%)	4,34% (- 6,06%)	2 (- 6)
AfD	1.628	(+ 1.628)	<b>1,28%</b> (+ 1,28%)	2,97% (+ 2,97%)	2 (+ 2)
PRO NRW	1.437	(+ 1.437)	<b>1,13%</b> (+ 1,13%)	2,62% (+ 2,62%)	1 (+ 1)
PIRATEN	1.346	(+ 1.346)	<b>1,06%</b> (+ 1,06%)	2,46% (+ 2,46%)	1 (+ 1)
Ungültige Stimmen	819	(- 460)	<b>0,65%</b> (- 0,37%)		
SOLINGEN AKTIV	770	(- 335)	<b>0,61%</b> (- 0,17%)	1,41% (- 0,50%)	1 (+/- 0)
FBU	759	(- 284)	<b>0,60%</b> (- 0,23%)	1,39% (- 0,41%)	1 (+/- 0)
Einzelbewerber	23	(+ 23)	<b>0,02%</b> (+ 0,02%)	0,04% (+ 0,04%)	-

## „ICH ERINNERE MICH GANZ GENAU“

**Eine Spurensuche Solinger Migrantinnen zu Ursache und Folgen des Solinger Brandanschlages von 1993.**

Fünf Menschen wurden 1993 in Solingen bei einem rassistischen Brandanschlag auf das Haus der Familie Genç getötet. Über zwanzig Jahre sind seitdem vergangen. Rund ein Drittel der Solinger hat einen Migrationshintergrund - wie lebt es sich in der Stadt des Anschlages miteinander? Was hat sich in Solingen verändert?

Die Veranstaltung „Spurensuche“ unter Leitung des Solingers Volker Eigenmann hat sich 2013 mit fremdenfeindlichen Aktionen in der Klingentadt auseinandergesetzt. Zur Umsetzung dieser Veranstaltung hatten sich besonders Frauen der Solinger Migrantenselbstorganisation (MSO) zusammengefunden, die mit einem Theaterstück die Vergangenheit und ihre persönliche Betroffenheit artikulieren.

Hassan Nasser Firouzkhah hat diese Aktionen mit der Kamera begleitet. Seine Dokumentation zeigt Szenen aus diesem Theaterstück und läßt vor allem die Frauen zu Wort kommen - ihre Betroffenheit, ihr Engagement, ihre Sorgen und Hoffnungen für das Zusammenleben in dieser Stadt.

Es kommen zu Wort: Ulu Dilek Celen, Emine Kaya, Etkä Majde Kaya, Mecid Azam Kaya, Taha Malik Kaya, Destiny Iyoha, Fadime Polat, Sonja Odzin, Aylin Ünés, Dilara Ulu, Havva Yilmaz.

Weiterhin Hüsnü Turan, Theaterregisseur und Volker Eigenmann, Organisator der Gedenkveranstaltung.

Kontakt: [roterfaden.solingen@gmx.de](mailto:roterfaden.solingen@gmx.de)



### VORANKÜNDIGUNG:

Nach dem Ende der Sommerferien in Nordrhein Westfalen wird in der Cobra in Solingen der Film „Ich erinnere mich genau“ uraufgeführt. Danach gibt es die Gelegenheit zu einem Austausch zwischen Gästen und Teilnehmern.

Der genaue Termin ist unter der Emailadresse [roterfaden.solingen@gmx.de](mailto:roterfaden.solingen@gmx.de) zu erfahren. Die Verteilung der Tickets (Eintritt ist kostenfrei!) erfolgt ausschließlich über Anmeldung unter diesem Account. Da die Zahl der Sitzplätze begrenzt ist, bitte rechtzeitig anmelden.

Den Trailer zum Film gibt es unter: <https://www.youtube.com/watch?v=d0DBYiWvWjs>

Heinz Mähler



## Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Bleiberecht für Flüchtlinge, Auswirkungen von Hartz IV auf MigrantInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen, [solinger-appell@operamail.com](mailto:solinger-appell@operamail.com)

Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage



## PRO NRW SOLINGEN:

### Hövels hinterläßt wie in Dormagen einen Trümmerhaufen

Mit Fraktionsstärke wollten sie einziehen in den Solinger Stadtrat und in die Bezirksvertretungen. Nach der Kommunalwahl blieb vom Solinger Kreisverband der rechtsextremen, so genannten Bürgerbewegung Pro NRW, nur noch ein Trümmerhaufen übrig.

Nur Stephan Hövels, der schon sein 2009 in Dormagen erworbenes Ratsmandat nach kurzer Zeit niederlegte, schaffte es in den Rat. Listenplatz 2, Michaela Brylla, verpasste den Weg zu den begehrten Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder eines Ratsmitgliedes und trat prompt aus Pro NRW aus. Über das einzige gewonnene Bezirksvertretungsmandat für Nicole Schramm in Mitte konnten sich die Rechtsextremen auch kaum freuen.

Frau Schramm kündigte kurz nach der Wahl ihren Austritt ebenfalls an.

Insgesamt sind sieben Kandidaten von Pro-NRW bekannt, die ihre Mitgliedschaft aufkündigten. Die aus 13 Personen bestehende Reserveliste für den Rat dürfte sich insgesamt auf drei Mitglieder reduziert haben.

Hintergrund für die Austrittswelle dürfte auch der als äußerst rigide und nur auf den persönlichen Vorteil bedachte Führungsstil des Kreisvorsitzenden, Stephan Hövels, sein. So jedenfalls heißt es aus Ex-Pro-NRW-Kreisen. So soll Hövels, bei seinem Parteifreund, Jens Deubel, nur eine Scheinadresse haben und in Wirklichkeit nicht in Solingen wohnen.



Mittlerweile haben sich auch mindestens sieben Pro-Kandidaten von ihrer angeblichen Kandidatur distanziert. Hövels und Co hätten sie bei der Unterschrift zur Kandidatur getäuscht, bzw. den Rücktritt von der Kandidatur nicht zur Kenntnis genommen. Einer, welcher von der Kandidatur zurücktreten wollte, gab als Grund dafür an, dass er eher die AfD unterstützen wollte.

Die Umstände, unter denen die 26 Direkt- und 13 Re-

servelistenplätze von Pro NRW gewählt wurden sprechen auch für sich. Auf der Mitgliederwahlversammlung waren insgesamt nur 14 Mitglieder anwesend. Davon haben acht kandidiert. Folglich waren 18 Direktkandidaten bei ihrer Wahl überhaupt nicht anwesend. Wahrscheinlich wussten viele auch gar nicht, dass sie gewählt werden sollten. Ob alle, die auf dieser Mitgliederversammlung gewählt haben, auch wirklich Mitglieder von Pro NRW waren, ist darüber hinaus auch fraglich.

Die Bezirksvertretungskandidaten wurden übrigens alle von nicht mehr als vier Mitgliedern in den Privatwohnungen von „Pro lern“ gewählt. Öffentlichkeit und Transparenz scheint diese so genannte Bürgerbewegung mehr zu fürchten, als der Teufel das Weihwasser.

Hätte eine linke Organisation unter solchen dubiosen Umständen ihre Kandidaten aufgestellt, wäre gerade die zuständige Wuppertaler Staatsanwaltschaft längst aktiv geworden. Wohnungen und Büros wären durchsucht und Zeugen befragt worden. Bei den extremen Rechtspopulisten aber scheint das hier auf weniger Interesse zu stoßen.

Frank Knoche

## „Solingen gehört uns!“

Unsere überparteiliche Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ setzt sich für den Erhalt und die Förderung öffentlicher Daseinsvorsorge ein.

Die Rekommunalisierung der Stadtwerke Solingen haben wir erfolgreich voran getrieben, ebenso wie Verbesserungen beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Seit der Gründung Anfang 2007 stellen wir uns gegen jede weitere Privatisierung der Grundversorgung unserer Stadt Solingen durch profitorientierte Konzerne.

Wir fördern die demokratische Verantwortung in unserer Stadt Solingen: durch Öffentlichkeit, Transparenz und mit Hintergrund-Informationen.

Wir treffen uns jeden ersten Montag im Monat um 19.00 Uhr

im Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3

Interessierte sind bei uns herzlich willkommen!

Mehr Infos: [www.solingen-gehoert-uns.org](http://www.solingen-gehoert-uns.org)

[info@solingen-gehoert-uns.org](mailto:info@solingen-gehoert-uns.org)

**„SOLINGEN GEHÖRT UNS!“**



**alfo**  
M E S S E B A U

UWE ALVERMANN  
BURGSTRASSE 112  
42655 SOLINGEN  
TELEFON (02 12) 31 06 61  
TELEFAX (02 12) 31 15 59  
MOBIL 0172-655 68 22  
U.ALVERMANN@ARCOR.DE

## FÜR MEHR SITZBÄNKE IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Die Entwicklung ist eindeutig und sie ist unaufhaltbar: Hierzulande wird die Bevölkerung im Durchschnitt immer älter. Dies erfordert u.a. mehr barrierefreie Wohnungen, die Herstellung von Barrierefreiheit bei Bus und Bahn und mehr öffentlich zugängliche Toiletten (wie vom Seniorenbeirat seit langem gefordert). Damit Rollator-NutzerInnen und RollstuhlfahrerInnen möglichst ungehindert am öffentlichen Leben teilnehmen können, ist die Absenkung der Bordsteinkanten an den Kreuzungen und an häufig genutzten Que-

sind eine Bereicherung des Platzes und werden von den SolingerInnen sehr gut angenommen. Die Projektgruppe erarbeitete weiterhin für die Solinger Nordstadt ein detailliertes Konzept, in dem neue Baumstandorte, Verkehrsberuhigungen, Bordstein-Absenkungen sowie zahlreiche Standorte für zusätzliche Sitzbänke und Sitzgruppen vorgeschlagen werden. Die Bezirksvertretung Mitte beauftragte die Verwaltung, das Konzept detailliert zu prüfen und die Umsetzungsmöglichkeiten zu klären. In Zukunft wird die Projekt-

ten. Die Projektgruppe freut sich übrigens über weitere Mitarbeitende!

Das Thema Sitzgelegenheiten ist eines der vernachlässigsten in der Kommunalpolitik insgesamt. Häufig stößt man in Solingen auf völlig verfaulte und bemooste Sitzbänke entlang der Waldwege, in anderen Bereichen fehlen Sitzbänke völlig oder sie sind, wie z.B. am Graf-Wilhelm-Platz so stark genutzt, dass ein freier Sitzplatz schwer zu finden ist. Die Zahl der Sitzplätze an den Bushaltestellen ist häufig unzureichend. Das „Bank-Controling“, also die kontinuierliche Kontrolle und ggf. Reparatur der vorhandenen Sitzgelegenheiten ist entweder noch nicht erfunden oder offensichtlich stark verbesserungswürdig.

Aber der demografische Wandel bewirkt auch hier ein allmähliches Umdenken: In der zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen-offene Liste, Linken und BfS geschlossenen Vereinbarung über gemeinsame Schwerpunkte der Arbeit in der Bezirksvertretung (BV) Mitte ist die Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum als wichtiges Thema der BV-Arbeit in den nächsten sechs Jahren benannt. Und die BV will auch selbst finanziell mithelfen. So sollen aus den von der BV Mitte zu beschließenden Finanztopfen jährlich mindestens drei bis fünf zusätzliche Sitzbänke finanziert werden.

*Dietmar Gaida*

Kontakt zur *Projektgruppe Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum* des Solinger Bündnis für Familie:

Uschi Neeff, Fon: 0212 59 34 87, E-Mail: [ursulaneeff@aol.com](mailto:ursulaneeff@aol.com)



*Die Zukunft Solinger Bänke? Gesehen am Treppenbach. Foto Heinz Mähner*

rungsstellen notwendig. Besonders wichtig sind aber auch Sitzbänke und Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum, da viele ältere oder auch mobilitätseingeschränkte Menschen darauf angewiesen sind, sich auch schon nach kurzen Wegstrecken setzen und erholen zu können.

Die *Projektgruppe Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum* des *Solinger Bündnis für Familie* kämpft seit 2006 für die Verbesserung der Nutzbarkeit des öffentlichen Raumes. Ihre Mitglieder engagierten sich erfolgreich für mehr Sitzbänke am neu gestalteten Neumarkt und für Sitzgelegenheiten am Fronhof und am Spielplatz Burgstraße. Am Alten Markt sollten nach dem von einer Jury ausgewählten Entwurf alle Sitzbänke ersatzlos verschwinden, stattdessen waren nur je ein Holz-, ein Glas- und ein Metallpodest ohne Rückenlehnen vorgesehen. Auf Initiative der Projektgruppe und mit Unterstützung der Bezirksvertretung Mitte wurde die Planung ergänzt: Am umgestalteten Alten Markt wurden zahlreiche Sitze und Sitzbänke eingebaut. Diese zum Teil drehbaren Sitzgelegenheiten

sich auch damit beschäftigen, in welchen Bereichen in ganz Solingen sowohl Ersatzpflanzungen für gefälltte Bäume als auch zusätzliche Sitzgelegenheiten entstehen soll-



Über 30 Jahre in der Natur Aktiv  
Bergischer Naturschutzverein e.V.  
OV Solingen, [rbn@rbn-solingen.de](mailto:rbn@rbn-solingen.de)  
[www.rbn-solingen.de](http://www.rbn-solingen.de)



# ANLIEGEN VON AMNESTY INTERNATIONAL ZUR INNENMINISTERKONFERENZ VOM 11.-13. JUNI 2014

## Aufnahme und Schutz von Flüchtlingen

Mehr als 9 Mio. SyrerInnen sind auf der Flucht, ca. 2,7 Millionen davon haben Zuflucht in den Nachbarstaaten gesucht. Allein der Libanon mit einer Bevölkerung von 4,3 Mio. Menschen hat mehr als 1 Mio. aufgenommen.

Wir bitten die Innenministerkonferenz angesichts des Ausmaßes der syrischen Flüchtlingskrise, die Aufnahme weiterer syrischer und palästinensischer Flüchtlinge aus Syrien in Deutschland zu prüfen.

## Keine Zustimmung zum Gesetzentwurf über sichere Herkunftsstaaten

Das Bundeskabinett hat am 30.4.2014 einen Gesetzentwurf beschlossen, der Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten einstuft. Amnesty International

lehnt das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten grundsätzlich ab. Aus unserer Sicht muss jeder Einzelfall in einem fairen und ef-



Cartoon: [icrindia.wordpress.com/2012/06/20/cartoon-refugees-from-north-africa](http://icrindia.wordpress.com/2012/06/20/cartoon-refugees-from-north-africa)

fektiven Verfahren geprüft werden. Vor allem Roma werden erheblich diskrimi-

niert. Sie werden z.B. Opfer von Zwangsräumungen, gewaltsamen Übergriffen durch die Nachbarn und willkürlichen Festnahmen durch die Polizei. Sie müssen deshalb in einem fairen Asylverfahren die Möglichkeit haben, dies vorzutragen.

Amnesty International fordert die Innenminister und -senatoren der Länder deshalb auf, ihre Zustimmung zu dem Gesetzesvorhaben im Bundesrat zu verweigern.

## Prävention rassistischer Diskriminierung durch die Polizei

Amnesty International erinnert daran, dass die Abschlussempfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses die Stärkung interkultureller Kompetenz bei der Polizei fordern.

Amnesty International erneuert deshalb die Forderung an die Innenministerkonferenz, sich mit dem Problem des Racial Profiling in Deutschland auseinanderzusetzen.

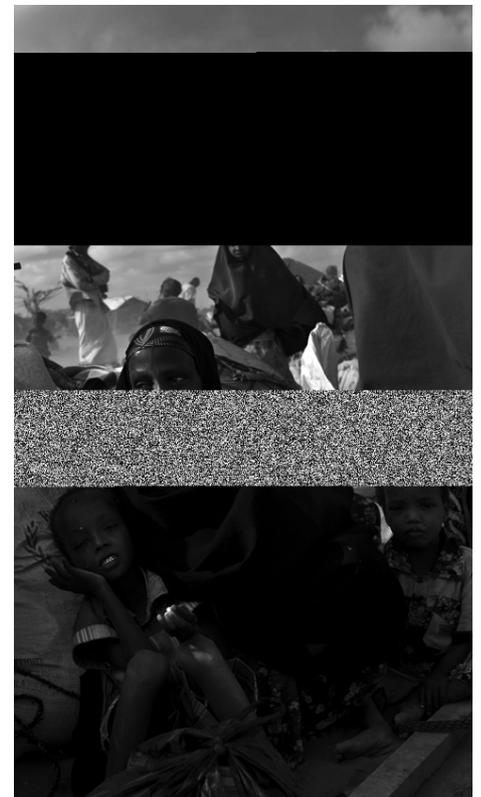
*Amnesty International*



Kontaktadresse:  
 ZukunftsWelten e.V.  
 Mühlenteich 5 42653 Solingen  
 Tel.:0212-59 04 01 FAX:259 25 11

Agenda  
 Preisträger  
 2000

Abzugsfähige Spenden werden erbeten auf das Konto  
 ZukunftsWelten e.V. Konto 5251269 BLZ 342 500 00 Stadtparkasse Solingen



Flüchtlinge Somalia 2011  
Foto: Lynsey Addario

# NEUIGKEITEN VOM BEDROHTEN ITTERTAL

Angesichts der zahlreich im Stadtgebiet vorhandenen Gewerbebrachen, die entweder vor sich hin gammeln (Beispiel Rassepe-Bra- che an der Cronenberger Straße) oder mit überflüssigen Discountern bebaut werden (Beispiel ESAB-Gelände an der Beethoven- straße) konnte man schon große Zweifel an dem seitens der Stadt Solingen und der IHK geäußerten „dringenden Bedarf“ nach neuen Flächen für produzierendes Gewerbe im Solinger Landschaftsraum haben.

## Gewerbeflächen aufgeben? Kein Problem!

Mit der Debatte um die BHC-Großhalle ist endgültig klar geworden, dass das alles nicht so ernst gemeint sein kann. Die Solinger Stadtverwaltung, CDU und SPD sagen, sie wollten die neue BHC-Sport- und Konzerts- halle gerne in Solingen errichten. Und ein Standort scheint auch schon gefunden: Der BHC schlägt mit einer medial gewaltig aufgeblasenen Präsentation vor, diese Halle entweder im bereits rechtskräftig be- schlossenen und mit einer Erschließungsstraße versehe- nen Gewerbegebiet Fürkel- trath I oder im neu geplanten Gewerbegebiet Piepersberg West, beide im Ittertall ge- legen, zu errichten. Obwohl in Wuppertal unproblematische Standorte vorhanden sind, soll also das für Gewer- bebetriebe sofort verfügbare, komplett leer stehende Ge- werbegebiet Fürkeltrath I für

die BHC-Halle aufgegeben werden, bei der nur sehr wenige Arbeitsplätze – alle nicht im produzierenden Gewerbe – entstehen würden. Es würde eine 4,6 ha große Reservefläche für gewerbliche Nutzungen wegfallen.

Die logische Folge wäre ein verstärkter Druck auf die vier neu geplanten Flächen im Ittertall: Keusenhof (Ohligs, zwischen Wilz- hauser und Kuckesberger Weg), Buschfeld (Wald und Ohligs, nördlich Garzenhaus, westlich Haaner Straße), Fürkeltrath II (Grä- frath und Wald, nördlich Holz, nordwestlich Gütchen) und Piepersberg-West (Gräfrath,

nördlich Roggenkamp, östlich Westring). Mit diesen zusätzlichen Gewerbegebieten würde die Funktion des Ittertals für das Stadtklima und die Luftgüte in den benachbarten Stadt- teilen stark eingeschränkt. Der bedeutende Biotopverbund von der Hildener/Ohligser Heide über das Ittertall zum Tal der Wup- per/Burgholz würde in mehreren Bereichen sehr stark beeinträchtigt und auf 135m einge-engt.

## CDU, SPD und FDP im Regionalrat für neue Gewerbegebiete im Ittertall

Zurzeit wird ein neuer *Regionalplan* für den Regierungsbezirk Düsseldorf erstellt. Dies ist ein regionaler Entwicklungsplan, der verbindliche Vorgaben u.a. dazu macht, in welchen Bereichen die Städte Solingen, Wup- pertal, Remscheid, Düsseldorf, Krefeld, Mön-

folgte am 25.6.2014 ebenso wie die Vertreter der SPD der Beschlussvorlage der Bezirksre- gierung Düsseldorf für den neuen Regional- planentwurf. Diese schlug vor, alle vier um- strittenen neuen Gebiete im Ittertall zur Be- bauung freizugeben. Gegen den Entwurf stimmten nur die Vertreter der Grünen und der Linken. Bei der Beschlussfassung lag nicht einmal der Fachbeitrag des *Landesam- tes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen* (LANUV) vor. Der zu- nächst beschlossene Entwurf enthält ebenso noch nicht den zwingend notwendigen Um- weltbericht. Für den 10.9. und 18.9.2014 ist daher ein erneuter Erarbeitungsbeschluss mit Umweltbericht vorgesehen. Erst im Nach- gang wird dann die Verfahrens- und Öffent- lichkeitsbeteiligung zum Planentwurf vorbe- reitet und durchgeführt. Dazu können Verbän- de, Interessengruppen und BürgerInnen ihre Einwendungen zum Plan einbringen. Ab dem 22.9.2014 wird der Regionalrat eine neue Zu- sammensetzung haben, die sich aus dem Kommunalwahlergebnis vom 25.5.2014 er- gibt. Voraussichtlich verlieren CDU und FDP dann Sitze, hätten aber zusammen mit der AfD und den Freien Wählern weiterhin eine knappe Mehrheit.

Dieser Regionalplanentwurf widerspricht eindeutig den Zielen der Landesplanung (Ein- schränkung des Flächenverbrauchs, Brachen- recycling, Klimaschutz, Schutz der Regiona- len Grünzüge ...) und widerspricht dem Be- schluss der Stadt Solingen, vor weiteren Pla- nungsschritten ein Gesamtgutachten zum It- tertall abzuwarten.

Das Verfahren zur Neuaufstellung des *Landesentwicklungsplans* läuft parallel hierzu und ist dem Regionalplan übergeordnet. Bei der Entscheidung dazu im Landtag stellen SPD und Grüne die Mehrheit. Die Haltung der SPD wird also zur Schlüsselfrage. Sollte es zu einem Ausgang des Regionalplan- und des LEP-Verfahrens kommen, der die Flächen im Ittertall für die Gewerbegebiete überplant, gilt: Solingen darf dann, muss aber nicht die Gebiete bebauen. Weiterhin gibt es die Klage- möglichkeit benachbarter Eigentümer.

## Mehrheitsfraktionen in den Bezirksvertretungen wollen das Ittertall erhalten

Bei den Verhandlungen zur Wahl der Be- zirkbürgermeisterInnen in den Solinger Be- zirksvertretungen gab es dagegen erfreuliche Vereinbarungen jeweils von SPD, Grünen, Linken und BfS gegen die vier neuen Planun- gen im Ittertall: Die jeweiligen Mehrheiten in den Bezirksvertretungen Ohligs, Wald und Gräfrath lehnen die in ihre Zuständigkeit fal- lenden zusätzlichen Gewerbegebiete im Itter- tal ab.

*Dietmar Gaida*



Geplantes Gewerbegebiet Buschfeld, umrandet von Naturschutzgebiet Foto: Dietmar Gaida

chengladbach und der Kreise Mettmann, Kle- ve, Viersen und Rhein-Kreis Neuss Gewerbe- gebiete auf der „grünen Wiese“ entwickeln dürfen bzw., welche Bereiche dem Schutz der Natur vorbehalten bleiben müssen. Besonders umstritten sind in Solingen die vier neuen großen Gebiete im Ittertall (s.o.), die zusätz- lich zu den bestehenden, gar nicht (Fürkel- trath I) oder nur teilweise genutzten Gewer- begebieten (Piepersberg-Ost, Monhofer Feld) geplant sind.

Erarbeitet wurde der Regionalplan-Ent- wurf von der *Bezirksregierung Düsseldorf*. Beschlossen und ggf. geän- dert wird der Plan aber vom *Regionalrat* des Re- gierungsbezirks Düsseldorf. Der Regionalrat wird nach den Kommunalwahlergeb- nissen der zugehörigen Städte und Kreise besetzt. Zurzeit gibt es hier gemäß dem Kommunalwahlergeb- nis von 2009 noch eine CDU/FDP/Freie Wähler- Mehrheit von 22 der 38 Mitglieder. Diese Mehrheit

**Garten  
gestaltung  
& -pflege**

Thomas  
Wendt

0212  
817373



## WIR MÜSSEN DRAUSSEN BLEIBEN



Die Solinger Reggae - Band ßoon beim Dürpelfest 2014 Foto: Angelika Thiere

### Solingen-Pass auch für Solingen-Spaß?

Der seit 1986 vom Rat der Stadt Solingen eingeführte Solingen-Pass umfasst eine ganze Palette Vergünstigungen zum Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und Veranstaltungen, ist aber bei weitem nicht annähernd an den kulturellen Bedürfnissen der immer größer werdenden Zahl in Armut lebender Menschen orientiert. Dabei ist die Idee, Menschen, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind oder über ein niedriges Einkommen verfügen, selbstbestimmend am öffentlichen Leben teilhaben zu lassen, vom Ansatz her auf den ersten Blick schon berücksichtigt – Ermäßigungen auf die Eintrittspreise gibt es beispielsweise beim Besuch der städtischen Bühnen – doch reicht das aus, aktiv mitzumachen, zu feiern und für einen Moment die fühlbare Ausgrenzung zu vergessen? Spätestens an der Überlegung: kann ich dort auch etwas trinken oder sogar essen wie die übrigen Besucher, macht sich unweigerlich ein mulmiges Gefühl breit, das signalisiert, ich gehöre nicht dazu. Resignation ist die Folge und führt schließlich ganz zum Verzicht.

### Der Solingen-Pass als Guthabekarte

Dabei gibt es durchaus Ansätze, die diese Gedanken berücksichtigen: nach einer Anregung der Grünen kann so aussehen, das der Solingen-Pass als Guthabekarte für ehrenamtliche Tätigkeiten diese Lücke schließen kann. Dann wär es auch keine milde Gabe sondern vielmehr ein dringend benötigtes Dankeschön für das Engagement jedes Einzelnen und damit ein wichtiger Schritt aus der Isolation. Der Solingen-Pass würde eine „runde Sache“!

### Ein weiterer Aspekt kann der Aufbau eines Patenschaftskreises sein.

Da gibt es dann sicher eine nicht unerheb-

liche Anzahl allein lebender aber bessergestellter Bürgerinnen und Bürger, die deshalb nicht am kulturellen Leben teilnehmen, weil sie sich alleine auf Veranstaltungen nicht wohlfühlen und zu Hause bleiben. Dieses Modell, das auch zum näher zusammenrücken der ungleichen Kreise denkbar gut geeignet ist, setzt aber auf beiden Seiten die Bereitschaft voraus, sich zu öffnen und den Dialog auch zu wünschen. Auf dieser Plattform könnten nicht nur neue Kontakte entstehen, es gäbe dort beispielsweise auch die indirekte Möglichkeit zu helfen in dem nicht nutzbare vielleicht schon vor längerer Zeit gekaufte Tickets eingestellt werden, die sonst ungenutzt verfallen würden.

### Kostenlose Angebote in Solingen

Auf ein wirkliches Highlight in Solingen möchte ich besonders hinweisen: Den Comedy - Punch - Club im Getaway an der Kottendorfer Straße! Bereits im dritten Jahr läuft in der Solinger Kulturszene ein nicht mehr wegzudenkendes allmittwöchlich stattfindendes Comedyevent, freier Eintritt und zivile Preise laden zu hochkarätiger Standup Comedy ein, da geht man in Solingen „zum Lachen in den Keller“.

Dieses Beispiel ist als ein guter und gelungener Anfang zu sehen – hier ist die Szenegastronomie gefordert aber auch die Kommune. Kleine Schritte in die richtige Richtung raus aus der Isolation können viel bewirken.

Michael Alberti



### Bürgerfunk in Remscheid und Solingen Juli 2014

1.7.2014 Dienstag 21 Uhr Radio Stammtisch  
5.7.2014 Samstag 19 Uhr  
ggf. entfällt Bürgerfunk wg. WM  
6.7.2014 Sonntag 20 Uhr  
Stimme der Senioren  
13.07.2014 Sonntag 19 Uhr  
Hangkgeschmedden  
ggf. frühere Sendezeit wg. WM  
26.7.2014 Samstag 19 Uhr  
Mixed Tape

### August 2014

2.8.2014 Samstag 21 Uhr  
Blaue Welle  
3.8.2014 Sonntag 20 Uhr  
Stimme der Senioren  
5.8.2014 Dienstag 21 Uhr  
Radio Stammtisch  
10.8.2014 Sonntag 20 Uhr  
Hangkgeschmedden  
19.8.2014 Dienstag 21 Uhr  
Ohrwerk  
30.8.2014 Samstag 19 Uhr  
Mixed Tape

### September 2014

2.9.2014 Dienstag 21 Uhr  
Radio Stammtisch  
7.9.2014 Sonntag 20 Uhr  
Stimme der Senioren  
13.9.2014 Samstag 20 Uhr  
SoFis  
13.9.2014 Samstag 21 Uhr  
SoFis  
14.9.2014 Sonntag 20 Uhr  
Hangkgeschmedden  
16.9.2014 Dienstag 21 Uhr  
Ohrwerk  
27.9.2014 Samstag 19 Uhr  
Mixed Tape

**MI**  
**Comedy  
Punch Club**  
Unsere beliebte Comedy-Show!  
Jeden Mittwoch!  
Am 16.7. letzte Show  
vor der Sommerpause!  
Start: 20 Uhr Eintritt: frei

**SA**  
jeden 1. Samstag  
**Charts  
Party**  
Start: 21 Uhr Eintritt: 6 €

**SA**  
**Ü 30  
Party**  
jeden 2. und 4. Samstag  
Start: 21 Uhr Eintritt: 6 €

**SA**  
jeden 3. Samstag  
**Zurück in  
die Zukunft**  
80er & 90er Party  
Start: 21 Uhr Eintritt: 6 €

**FR** 25.07.2014  
im **KRACH CLUB:**  
**Drunk  
Motocycle Boy  
Young States**  
Start: 21 Uhr Eintritt: 7 €

**MI** 27.08.2014  
Start der neuen Spielzeit!  
**Comedy  
Punch Club**  
Unsere beliebte Comedy-Show!  
Jeden Mittwoch!  
Start: 20 Uhr Eintritt: frei

**FR** 29.08.2014  
im **KRACH CLUB:**  
**Die Wirklichkeit  
& Guest**  
Start: 21 Uhr Eintritt: 7 €

**SA** 30.08.2014  
**EXIT  
PARTY**  
mit den Original DJ's  
Start: 21 Uhr Eintritt: 6 €

## gruppeninfos

**AG Weiße Rose:** Geschwister-Scholl-Schule, Querstraße 42

**Amnesty international:**

Treff jeden 1. Mittwoch im Monat 20h, Café Courage, Kontakt: Tel.: 415 78

**Attac:** Jeden 1. Freitag im Monat, 19h, Café Courage, Kontakt: solingen@attac.de, www.attac-netzwerk.de/solingen

**Ausländerrechtliche Beratungskommission:**

Hilfe für Härtefälle im Ausländerrecht, Kontakt: Helmut Eckermann (Tel.: 415 78) oder Diakonisches Werk, Frau Scott (287 27)

**bleiberecht.com:** www.bleiberecht.com

**BürgerEnergie Solingen, Genossenschaft in Gründung:**

Kontakt und weitere Informationen: www.buergerenergie-solingen.de, info@buergerenergie-solingen.de

**Bürgerinitiative „Rettet das Ittertal“:** www.rettetdasittertal.de, Post@rettetdasittertal.de

**Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“:** Jeden 1. Montag im Monat. 19h, Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3, 42655 Solingen. Mehr Infos: www.solingen-gehoert-uns.org info@solingen-gehoert-uns.org

**Café Courage:** Klemens-Horn-Straße 3, 42655 SG, Tel.: 27 36 35

**Cow Club:** www.cowclub.de, Treff jeden Do. 20h Kantine / COBRA, Tel.: 659 86 89

**DFG Niederberg/Berg, Land:** Kontakt: Hagü Weber, Tel.: 7 48 09

**FAU Solingen,** anarchosyndikalistische Gewerkschaft, Offenes Treffen jeden dritten Freitag im Monat im Café Courage, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

**Förderverein Freibad Aufderhöhe:** Kontakt: Birgit Everts, Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

**Frauenhaus:** Tel: 5 45 00

**Frauen helfen Frauen:** Brühler Str. 59, Tel: 5 54 70

**Informationsbüro Nicaragua:** Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal

**Initiative „Bau-Stopp der Bayer-Pipeline“:** Kontakt: D. Donner, Tel.: 02103/6 50 30

**Öffentlichkeit gegen Gewalt:** Kontakt: Ursel Ullmann, Tel.: 8 05 23

**RBN, Bergischer Naturschutzverein:** www.rbn-solingen.de; rbn@rbn-solingen.de, Kontakt: Thomas Bloss, Tel.: 2 30 97 77

**Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus:** c/o Café Courage, Kontakt: solinger-appell@operamail.com, Treff: Do. 17.7.2014, 20h, dann 14-tägig

**Solinger Arbeitslosenzentrum „Salz“:** Tel.: 0212 23 13 44 33

**Stiftung W:** www.stifung-w.de; mail@stifung-w.de; Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal

**tacheles:** tacheles-solingen@gmx.de, www.tacheles-solingen.de; c/o Café Courage

**Türkischer Volksverein:**

Mehrgenerationenhaus, Mercimekplatz 1 (Früher Van-Meenen-Straße 1)

**Unterstützerkeis Stolpersteine:**

c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

**VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA):**

www.solingen.vvn-bda.de, c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

**ZukunftsWelten e.V.:** Kontakt: Familie Thom, Mohrenkamp 20, SG, Tel.: 59 07 96